

Paibacher Zeitung.



Nr. 165.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 6-50, für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7-50.

Montag, 21. Juli.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 5 kr.

1879.

Nichtamtlicher Theil.

Die Reichsrathswahlen und die böhmische Opposition.

Wie leicht erklärlich, bilden die Resultate der jüngsten Reichsrathswahlen und die sich daraus ergebenden Consequenzen im gegenwärtigen Augenblicke das hervorragendste Thema der publicistischen Discussion. Man calculiert und combinirt, wie sich die künftige Majorität sowohl im Abgeordnetenhaus als in der reichsräthlichen Delegation gestalten werde, gelangt aber dabei, je nach dem Parteistandpunkte, zu so widersprechenden Resultaten, daß schon hieraus allein die Unhaltbarkeit der bezüglichen Conjecturen klar in die Augen springt. Nur in dem einen Punkte stimmen alle Blätter überein, daß seit dem Bestande der Verfassung die Reichsvertretung vielleicht noch nie ein so buntes Gemisch der verschiedensten Parteien und Fraktionen aufzuweisen hatte, wie diesmal. In der That hält es überaus schwer, in dem Chaos der verschiedenen Parteischattierungen, denen die neu gewählten Abgeordneten angehören, sich vollständig zurechtzufinden. Man spricht von einer großen autonomistischen Partei, als ob die radical schillernden Jungtschechen mit dem conservativen Hochadel, die deutschen Clerikalen mit den alttschechischen Nationalen und die Slovenen mit den Polen sich so leicht unter Einen Hut bringen ließen. Nicht minder problematisch erscheint es, Occupationsanhänger und Occupationsgegner, Liberale und Conservative, Schutzöllner und Freihändler, Italiener, Deutsche und Ruthenen unter dem Sammelnamen „Verfassungspartei“ zusammenzufassen. Es gibt eben nur eine Menge verschiedener Fraktionen, aber keine compacte große Partei, so daß vielleicht jede wichtigere Abstimmung Compromisse zwischen den einzelnen Fraktionen nothwendig machen dürfte.

Von wesentlicher Bedeutung für die künftige Gestaltung der Parteiverhältnisse ist die Frage, ob die Vertreter der böhmischen Opposition ihre Plätze im Abgeordnetenhaus einnehmen werden oder nicht. Bisher scheint in dieser Richtung noch kein endgiltiger Beschluß gefaßt worden zu sein. Wenigstens geberden sich einzelne Organe des „staatsrechtlichen“ Clubs so, als bestünde in den Reihen der nationalen Abgeordneten nur geringe Lust, vollständig mit der Abstinenzpolitik zu brechen, und als hegte die Bevölkerung nicht

einmal den Wunsch, im Reichsrathe vertreten zu sein. Man dürfte jedoch kaum fehlgehen — bemerkt diesbezüglich das gut informierte „Prager Abendblatt“, — wenn man in dieser Haltung mehr eine berechnete Taktik als den Ausdruck der wirklichen Volksmeinung erblickt. Thatsächlich würde die tschechoslavische Bevölkerung in Böhmen den Eintritt ihrer Vertreter in die parlamentarische Action mit eben solcher Gemüthung begrüßen, wie dies seinerzeit in Mähren der Fall war. Wie sehr überhaupt die tschechische Bevölkerung in Mähren mit der Activitätspolitik ihrer Führer einverstanden war und ist, beweist am besten der Umstand, daß nicht nur alle früheren Abgeordneten wiedergewählt wurden, sondern auch der zäheste Verteidiger der Abstinenzpolitik, Herr Graf Egbert Belcredi, es an der Zeit gefunden hat, aus seiner bisherigen Passivität hervorzutreten. Auch ist es der Nationalpartei in Mähren diesmal gelungen, einen Landwahlbezirk neu zu gewinnen, ein Beweis, daß der Bruch mit der Abstinenzpolitik der Partei keineswegs von Nachtheil war.

Erwägungen ähnlicher Art mögen es wol auch sein, welche einen Theil der nationalen Provinzpresse Böhmens veranlassen, der Reichsrathsbeschiedungsfrage gegenüber die bisherige Reserve fahren zu lassen und offen für die Aufnahme der parlamentarischen Thätigkeit einzutreten. Eines dieser Blätter erklärt ganz aufrichtig, daß es nur ein Spiel mit Worten sei, wenn man heute noch Garantien für den Eintritt in den Reichsrath verlange. Im vorigen Jahre habe der staatsrechtliche Club eine Resolution gefaßt, dahingehend, daß der Eintritt in den Reichsrath so lange nicht zu vollziehen sei, als nicht die Verhältnisse sich ändern und die Regierung den Wortführern der tschech-slavischen Nation entgegenkomme. Diese beiden Bedingungen seien jedoch heute erfüllt, denn durch den inzwischen eingetretenen Wechsel in der Regierung, namentlich aber durch den Ausfall der Reichsrathswahlen habe die Situation eine ebenso tiefgreifende Aenderung erfahren, als die Regierung durch die Förderung des Compromisses im böhmischen Großgrundbesitz wirkliches Entgegenkommen bekundet habe. Es sei daher schwer zu begreifen, was die nationalen Wortführer noch abhalten könnte, das zu thun, was sie ja schon im vorigen Jahre, als sie die eben erwähnte Resolution beschloßen, in Aussicht genommen hatten. Weitere Garantien fordern, hieße in der That den Anspruch rechtfertigen, daß, wenn man der böhmischen Opposi-

tion den Finger reiche, sie sofort die ganze Hand verlange. Was solle oder könne die Regierung im gegenwärtigen Augenblicke überhaupt noch thun, um ihre auf die Herstellung des nationalen Friedens abzielenden Bestrebungen zu documentieren? Das erwähnte Blatt schließt seine Auseinandersetzung mit folgenden bezeichnenden Worten:

„Wir, die wir vom Anfange an behauptet haben, daß die Tschechen diesmal in den Reichsrath gehen werden, lassen uns durch die Erfindung neuer Garantien nicht irreführen. Wir haben gleich von vornherein daran festgehalten, daß unsere Abgeordneten im Reichsrathe erscheinen werden, und daß sich ein entsprechender Modus oder besser ein Vorwand hiesfür schon finden wird. Sollte es nicht die Verständigung mit den Deutschen sein, dann wird eben irgend eine andere Form gefunden werden, am Ende vielleicht bloß irgend eine Verwahrung, und so wird es auch geschehen, mögen wir sonst noch hundert mal in den Organen des staatsrechtlichen Clubs von neuen und immer wieder neuen Garantien zu lesen bekommen. Sie werden in den Reichsrath gehen, auch wenn sie der Nation mit den „nothwendigen und unerläßlichen Garantien“ noch mehr Trugbilder vormalen sollten als bisher. Die beste Garantie liegt darin, wie die Repräsentanten des tschechischen Volkes sich benehmen und was für Verbindete sie der heiligen Sache der Freiheit und der Nation zu gewinnen wissen werden. In sich selber mögen sie die Garantien suchen, nicht aber in Forderungen, welche niemand erfüllen kann ohne unser Hinzuthun.“

Zur Kündigung der österreichisch-deutschen Verbandtarife.

In den Berliner officiösen Journalen wird mit aller Kraft beschwichtigt, weil man den üblen Eindruck abzuschwächen sucht, den die Kündigung der direkten deutsch-österreichischen Verkehre hervorgerufen hat. Es wird betont, daß diese Maßregel weder den Zweck hat, diese Verkehre aufzulassen, noch auch nur sie zu unterbrechen, daß dieselben nicht im entferntesten einen Tarifkrieg einleiten sollen, ja daß sie sozusagen mit der neuesten Phase des deutschen Verkehrsseparatismus gar nicht im Zusammenhange stehen, sondern längst beschlossene Sache sind. Es handle sich ja nur darum, tabula rasa bezüglich der Verpflichtungen zu machen, welche seitens der deutschen Bahnen gegen

Feuilleton.

Alexa oder auf dunklen Wegen.

Roman von Ed. Wagner.

(Fortsetzung.)

Vater und Tochter lauschten ein paar Minuten und gingen dann vorsichtig in das Seitenschiff in die Ruinen und gelangten aus diesen durch eine offene Thür in den Hof und an das Schloß.

Mr. Strange führte seine Tochter an das Fenster, durch welches er mehrmals in das Haus gedrungen war. Es war noch unbefestigt und gab einem leichten Druck nach.

„Ich gehe sogleich in mein Versteck zurück, Alexa,“ flüsterte ihr Vater. „Das Hauspersonal schläft, und ebenso dein Feind. Du hast diese Nacht nichts zu fürchten. Vergiß nicht, morgen früh an Lady Wolga zu schreiben und bei ihrer Ankunft nach Clyffebourne zu gehen.“

Er hob seine Tochter durch die Fensteröffnung. Sie befand sich in dem Waschkraum, aus dem sie in die Küche kam und aus dieser in einen Seitengang. Ihr Vater wartete fünf, zehn Minuten, — eine Viertelstunde; aber kein Geräusch, kein Ruf ließ sich von innen vernehmen, und Alexa kam nicht zurück.

„Sie ist sicher in ihr Zimmer gekommen,“ murmelte er. „Diese Nacht kann ihr kein Leid geschehen. Der Glende glaubt sie todt.“

Er kehrte langsam, fast geräuschlos in der Richtung nach der Kapelle zurück. Die Thurmuhre verkündete die zweite Stunde, als er über den Schloßhof schritt.

Mittlerweile hatten Pierre und Jean Renard auf der Terrasse und bei den Ruinen gelauert, in der

Hoffnung, der Flüchtling werde sein Versteck wieder verlassen. Gegen ein Uhr wurde ihnen endlich die Zeit lang, und Jean schlug den Rückweg ins Dorf vor. Pierre war damit einverstanden und begleitete seinen Bruder ein Stück Weges. Nachdem sie dann noch eine Weile am Ausgange aus dem Park geplaudert, hatten sie sich getrennt, und Pierre war langsam nach dem Schlosse zurückgekehrt. Als er die Terrasse erreichte, fiel es ihm ein, noch einmal einen Gang um die Ruinen zu machen.

Er kam in dem Augenblicke auf dem Schloßhofe an, als Alexa sich von ihrem Vater trennte, und als er ins Schloß wollte, sah er die Gestalt des Flüchtlings den Ruinen zuschleichen. Sogleich durchdrang ihn die Begierde, ihn zu ergreifen und am andern Morgen den Händen des Gerichts zu überliefern, damit er die ausgesetzte Belohnung erhalte. Er dachte nicht an die möglichen Folgen, die sein Beginnen für ihn selbst haben konnte. Daß aus seinem Vorhaben für ihn selbst eine Gefahr erwachsen konnte, kam ihm nicht in den Sinn. War nicht Lord Stratford Heron des Mordes an seinem Bruder schuldig befunden und verurtheilt worden? Es würde kein zweites Verhör stattfinden, sondern ohne weiters das frühere Urtheil zur Ausführung kommen. Seine Nachsicht und sein Sicherheitsgefühl trieben ihn zu einer That, vor welcher er zu einer andern Zeit zurückgeschreckt sein würde. Er fühlte sich in jeder Beziehung als Herr der Situation.

Mr. Strange sah sich scharf um, als er sich den Ruinen näherte, aber die ihm rasch und leise folgende Gestalt entging seinen Blicken, auch hörte er nicht die schleichenden Tritte seines Feindes.

Als Mr. Strange die Thür erreicht hatte, sprang Renard mit einigen Sägen vorwärts und stürzte sich auf ihn.

Mr. Strange war bestürzt und einen Augenblick herrschte Stille; dann aber erholte er sich und wehrte sich verzweiflungsvoll. Es entspann sich ein heftiger Kampf.

Mehrere Minuten hatte das Ringen gedauert, da verfehlte Mr. Strange seinem Angreifer einen Schlag gegen die Stirn, daß er einige Schritte zurücktaumelte und betäubt niederstürzte. Diese Gelegenheit benützend, eilte Mr. Strange in die Ruinen und schlug die Richtung nach der Kapelle ein. Renard, welcher sich rasch erholte, sprang ihm nach, und ehe der Fliehende sein sicheres Versteck erreicht hatte, erschien der Verfolger an der Thür und sah ihn in dem tiefen Dunkel des Kirchenstuhls verschwinden.

Renard folgte bis in den Stuhl, zündete ein Streichholz an und leuchtete umher, aber von seinem Opfer fand er keine Spur. Er durchsuchte die ganze Kapelle, aber alles war vergebens.

„Er ist entwischt in das Altar-Versteck,“ murmelte er. „Für heute ist er sicher, aber morgen soll er mir nicht entkommen. Ich will Polizisten herbeordern und den alten Kirchenstuhl niederreißen lassen. Die Tochter habe ich vernichtet, und des Vaters schmachvoller Tod soll bald folgen. Mylord Stratford Heron, wir wollen alte und neue Schulden abtragen, und ich werde zugleich die große Belohnung einstreichen, die für deine Auslieferung ausgesetzt ist! Du kannst mir nicht entgehen. Du harst hier deines Schicksals!“

55. Kapitel.

Ein Schritt zur Entscheidung.

Am andern Morgen erwachte Alexa aus einem unruhigen und traumreichen Schlafe zu später Stunde. Sie stand auf, nahm ihr gewöhnliches Bad und kleidete sich an, begab sich aber nicht in das Frühstück-

österreichische Bahnen eingegangen worden waren, um neue Vereinbarungen auf Grund der neuen deutschen Normaltarife treffen zu können. Hiezu bemerkt nun das Wiener „Fremdenblatt“:

Man sieht aus diesem Beisatz, daß es sich um eine Beschönigung handelt, denn eben die Einführung der Normaltarife in den internationalen Verkehr ist das, was den sogenannten direkten Verkehren ein Ende bereitet. Daß die deutschen Bahnen auch hinfort österreichische Frachtgüter übernehmen werden, wenn man sie ihnen gibt, ist gewiß. Da aber die den internationalen Verkehr begünstigenden ermäßigten Tarifsätze aufhören sollen, so wird man ihnen hinfort nur jene Frachtgüter geben können, welche den deutschen Normaltarif ertragen, und deren wird es eben viel weniger geben. Die Sorge der deutschen Verkehrsinteressenten ist daher sehr gerechtfertigt und wird durch die Versicherung, daß man neue Vereinbarungen bezüglich des direkten Verkehrs treffen wolle, nicht im mindesten gemildert. Insbesondere fühlt man sich bezüglich der deutschen Seeplätze sehr beunruhigt. Vielfach werden die Ausführungen des „Fremdenblatt“ zustimmend citirt. Wir haben längst und wiederholt nachgewiesen, daß diese Kündigung der Verkehre unserer Eisenbahnen und unserem internationalen Verkehr nur momentanen Nachtheil bringen, der aber — wenn richtig vorgegangen wird — durch mancherlei Vortheile aufgewogen werden kann. Wir haben betont, daß es Pflicht und Interesse unserer Eisenbahnen ist, die Verkehre nach den anderen Grenzen, also zunächst die nach der Schweiz und Italien, gewissermaßen nach Baiern, dann namentlich die Tarife für Triest und Fiume wohlfeil zu normieren. Geschieht dies, so wird allmählich unser bisher durch Deutschland transitirender Export diese anderen Routen wählen, sowie auch der bisher durch norddeutsche oder holländische Häfen vermittelte Import von Baumwolle, Kaffee, Petroleum u. hinfort via Triest an uns gelangen wird.

Es bietet sich darin eine Gelegenheit, unseren Seehandel zu heben, welcher mit größter Sorgfalt kultiviert werden muß. Daß diese Aenderung der Route momentan unbequem sei, geben wir zu; daß sie aber die Conjunction keineswegs störe, beweist der sofort improvisierte kräftige Mehlexport, welcher sich via Fiume bereits erprieslich bewegt. In Deutschland hat man diese unsere Mahnungen zugunsten unseres südlichen und südwestlichen Verkehrs sehr ernst genommen. Viele Blätter bemühen sich bereits, ziffermäßig aufzustellen, was den Häfen von Bremen, Hamburg und Stettin an österreichischem Transit entgegen dürfte, und fühlt man es schmerzlich, daß die deutschen Schutzmaßnahmen zu allererst ins eigene Fleisch schneiden. Wir gestehen zu, daß ein rationeller Interessenschutz nicht auf Zollerhöhungen allein beruhen darf, sondern daß eine richtige Gestaltung der Eisenbahntarife sehr wohl ins Schutzsystem paßt. So waren wir oft genug in der Lage, es zu bedauern, daß Breslauer Spiritus und sächsische Chemikalien wohlfeiler nach Triest verfrachtet werden, als mährischer Spiritus und böhmische Chemikalien. Allein man kann dergleichen Mißbräuche beseitigen, ohne sofort den ganzen direkten Verkehr zwischen zwei Hän-

zimmern. Die bestandene Gefahr am vorigen Abend hatte eine große Schwäche und Aengstlichkeit in ihrem Körper zurückgelassen und ermahnte sie zur Vorsicht. Sie wünschte Pierre Renard nicht zu begegnen, ehe sie wieder ihre gewöhnlichen Kräfte hatte, und beschloß während des Vormittags in ihrem Zimmer zu bleiben.

Sie klingelte und beauftragte das eintretende Mädchen, Mrs. Matthews zu bitten, sie zu besuchen.

Die Haushälterin folgte sogleich dieser Einladung. Alex's Blässe und ängstliche Miene beunruhigten sie.

„Sind Sie krank, Miß Strange?“ fragte sie theilnehmend.

„Nicht krank, Mrs. Matthews,“ erwiderte die junge Dame, „aber mir ist nicht ganz wohl. Wo ist Pierre Renard?“

„Er ist hinunter ins Dorf gegangen,“ lautete die verwunderte Antwort. „Er ging vor ungefähr einer halben Stunde fort.“

„Er hat diese Nacht wieder versucht, mich zu ermorden!“ erklärte Alex. „Er glaubt mich jetzt todt. Er ist fortgegangen, um bei der erwarteten Entdeckung meines vermeintlichen Schicksals nicht anwesend zu sein.“

Mrs. Matthews war starr vor Schreck.

„Ich ging gestern abends zu einem Spaziergang auf der Terrasse aus,“ fuhr Alex fort, „und als ich an der Ecke des Felsens stand, schlich er sich hinter mich und stieß mich hinab.“

„Großer Gott!“ rief Mrs. Matthews erschrocken. „Wenn ich nicht zufällig in ein Gebüsch auf einem Felsenvorsprung gefallen wäre, würde ich sicherlich an den schroffen Klippen der Felsen zerschellt sein.“

„Barmherziger Gott!“ stieß die Haushälterin hervor, indem sie auf einen Stuhl sank. „Wie kamen Sie aber auf ihr Zimmer zurück, Miß Strange?“

(Fortsetzung folgt.)

belsgebieten von mehr als sechzig Millionen Menschen über den Haufen zu werfen. Fehlt es bei unseren heimischen Verkehrsmaßnahmen oft an Gründlichkeit und Energie, so geht man in Deutschland, wie es scheint, allzu schroff zu Werke und schüttet das Kind mit dem Bade aus. Zu wünschen bleibt es, daß man österreichischerseits nicht säume, die deutschen Fehlgriffe zugunsten unseres Verkehrs auszunützen. Lassen wir uns doch zwingen, unserem Export eine südliche und südwestliche Richtung zu erteilen.

Die zweijährige Budgetperiode in Deutschland.

Der deutsche Bundesrath hat bekanntlich in seiner letzten Sitzung eine vom Reichskanzler im Auftrage des Kaisers gemachte Vorlage, den Entwurf eines Gesetzes erhalten, welches die Artikel 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung abzuändern bestimmt ist. Dasselbe lautet mit Weglassung der Eingangs- und Schlussformeln:

„An die Stelle der Artikel 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung treten die folgenden Bestimmungen: Artikel 13. Die Berufung des Bundesrathes und des Reichstages findet mindestens alle zwei Jahre statt, und kann der Bundesrath zur Vorbereitung der Arbeiten ohne den Reichstag, letzterer aber nicht ohne den Bundesrath berufen werden. Artikel 24. Die Legislaturperiode des Reichstages dauert vier Jahre. Zur Auflösung des Reichstages während desselben ist ein Beschluß des Bundesrathes unter Zustimmung des Kaisers erforderlich. Artikel 69. Alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushalts-Etat gebracht werden. Der letztere wird für einen Zeitraum von zwei Jahren, jedoch für jedes Jahr besonders, vor Beginn der Etatsperiode durch ein Gesetz festgestellt. Artikel 72. Ueber die Verwendung aller Einnahmen des Reiches ist durch den Reichskanzler dem Bundesrath und dem Reichstag zur Entlastung für jedes Jahr Rechnung zu legen.“

In den Motiven wird hervorgehoben, wie auf die Erledigung der Geschäfte des Reichstages seither fast in jedem Jahre der Umstand einen nachtheiligen Einfluß geübt, daß seine Sessionen mit den Sitzungsperioden der Landtage zusammentrafen. Das Verlangen, in dieser Hinsicht der Thätigkeit des Reichstages eine gesicherte Stellung gegeben zu sehen, ist wiederholt in Reichstagsbeschlüssen zum Ausdruck gelangt und als berechtigt anerkannt worden. Der von allen Seiten getheilte Wunsch, diesem Verlangen zu entsprechen, ist ein wesentliches Motiv für die Verlegung des Reichs-Etatsjahres auf den 1. April bis 30. März gewesen, aber diese Maßnahme ist von dem erwarteten Erfolge nicht begleitet gewesen, und zwar zum Theile deshalb nicht, weil einige Bundesstaaten, dem Vorgange des Reiches folgend, gleichfalls den Beginn ihres Etatsjahres auf den 1. April gesetzt haben. Eine befriedigendere Ordnung der Verhältnisse kann nur durch eine Aenderung der Reichsverfassung hergestellt werden. Der hauptsächlichste Grund der erwähnten Mißstände liegt darin, daß gegenwärtig die Zeit, in welcher die Bundesstaaten ihre Haushalts-Etats feststellen, vielfach mit der Zeit, deren der Reichstag zur Verhandlung über den Reichshaushalts-Etat bedarf, sich zu nahe berührt. In mehreren Bundesstaaten, wie namentlich in Preußen, ist die Etatsperiode ebenfalls wie im Reiche eine einjährige. Um in der Veranschlagung der einzelnen Etatsätze den gegebenen Verhältnissen möglichst nahe zu kommen, macht sich in diesen Staaten das Bestreben geltend, die Verhandlungen über den Etat nicht zu frühzeitig vor dem Beginn der neuen Etatsperiode zum Abschluß zu bringen. Denjenigen Staaten gegenüber, welche ihren Etat jetzt jährlich feststellen, wird mithin auf die Vermeidung des Zusammentreffens von Reichstags- und Landtagsessionen nur dann mit Sicherheit zu rechnen sein, wenn überall zweijährige Perioden eingeführt werden, aber so, daß diese für das Reich und die Bundesstaaten nicht in demselben Jahre ihren Anfang nehmen. Dann würden in dem Jahre, in welchem der Reichshaushalts-Etat festgestellt wird, keine parlamentarischen Verhandlungen über Landeshaushalts-Etats stattfinden, und umgekehrt.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer Aenderung der gedachten Verfassungsartikel. Was den Artikel 13 betrifft, so fällt, falls der Etat nicht mehr jährlich festgestellt wird, auch die Nothwendigkeit fort, den Bundesrath und den Reichstag in jedem Jahre zu berufen, denn die übrigen gesetzgeberischen Arbeiten sind nicht derart, daß die alljährliche Berufung beider Versammlungen als ausnahmslose Regel festzuhalten wäre. Wenn die Etatsfeststellung für je zwei Jahre erfolgt, so empfiehlt es sich nicht, eine Legislaturperiode des Reichstages von dreijähriger Dauer beizubehalten, da sonst der Reichstag abwechselnd in der einen Periode zweimal, in der andern aber nur einmal zu einer ordentlichen Session und zur Etatsberatung gelangte. Daher bestimmt die neue Fassung des Artikels 24 eine Dauer der Legislaturperiode von vier Jahren. Die Trennung der beiden Etats für die zwei Jahre (Artikel 69) empfiehlt sich, weil dieser Modus sich von dem bisherigen Rechte wenig entfernt und eine leichtere Uebersicht der Etatsverhältnisse gewährt, und endlich

kann die Rechnungslegung (Artikel 72) selbstverständlich nicht mehr jährlich erfolgen, wenn die Berufung des Reichstages nicht mehr jährlich nothwendig ist, sondern nur in den Jahren des Zusammentritts. — Die gedachten Verfassungsänderungen bedingen eine entsprechende Modification von Vorschriften, welche auf der Voraussetzung der alljährlichen Berufung des Reichstages beruhen (z. B. § 28 des Bankgesetzes von 1875, die Gesetze über den Reichskriegsschatz, die Verwaltung des Invalidenfondes, § 37 des Reichs-Militärgesetzes u. s. w.) Die Feststellung dieser Aenderungen bleibt einem Spezialgesetze vorbehalten.

Justizreformen in der Türkei.

Ueber die im türkischen Reiche theils vollzogenen, theils im Vollzuge befindlichen Justizreformen schreibt man der „Pol. Kor.“ aus Konstantinopel von einer der türkischen Regierung befreundeten Seite:

„Unter den geplanten inneren Reformen mußte der Regierung vor allem die Reorganisierung des Justizwesens am Herzen liegen. Heute kann denn auch gemeldet werden, daß das neue, nach den besten europäischen Mustern ausgearbeitete und jüngst zuerst im Vilajet von Adrianopel angewendete Justizsystem vollendet und im ganzen Reiche eingeführt ist. Der neue Code für das Zivilverfahren und derjenige für das Criminalverfahren sind ebenso wie das Gesetz über die Urtheilsvollstreckung durch die Gerichte selbst, nämlich unter Vermittlung eines, jedem Gerichte erster Instanz beigegebenen Executivcomités, promulgirt worden.“

Der vom Justizminister aufgestellte neue Tarif für die Rechtsgebühren hat einige geringfügige Einwendungen seitens der auswärtigen Botschafter hervorgerufen, die indeß bald durch eine im Justizministerium einzusetzende Kommission unter Theilnahme der Botschafter-Dragomans ausgeglichen werden dürften.

Die Administration des Gefängnisses ist dem Justizministerium übertragen worden, und ist eben eine Kommission ad hoc mit der ersten Reform derselben beschäftigt.

Die Wahl der richterlichen Persönlichkeiten, welche bei diesem Anlasse ernannt wurden, ist in einer Weise getroffen worden, welche überall die freie Ausübung der Justiz sichert. Die Regierung mußte den unzulänglichen Personalstand bei ihren Tribunalen completieren, indem sie unter den öffentlichen Beamten die besonders fähigen und tauglich erscheinenden auswählte. Mit diesem Beamtenstock können die richterlichen Behörden ganz wohl functionieren, bis die unverweilt zu eröffnende und auf den breitesten Grundlagen basirte Rechtsschule specielle Elemente für die Gerichtsverwaltung liefern kann.“

Vom südamerikanischen Kriegsschauplatz.

Aus Lima, 11. Juni, schreibt man dem „Hamburger Korrespondenten“: „Der Krieg hat bisher keine besonderen Fortschritte gemacht, und die Voraussagung Eingeweihter, daß derselbe sich ein Jahr und länger hinziehen kann, scheint sich zu verwirklichen; denn bis heute, also zwei volle Monate nach der Kriegserklärung, hat zu Lande noch nicht einmal ein Vorpostengefecht, geschweige denn irgend eine entscheidende Schlacht stattgefunden. Die chilenischen Truppen sind noch immer im Besitze der bolivianischen Küstenplätze und haben einige vorgeschobene Posten in den kleinen Orten, welche die Wege nach dem Innern Bolivia's beherrschen, wie z. B. Calama und Chichua. Ihr Hauptwaffenplatz ist Antofagasta, wo allem Anschein nach etwa 12,000 Mann versammelt sind, deren Unterhalt freilich sehr schwierig und kostspielig ist, da alle Lebensmittel zur See zugeführt werden; auf der Landseite trennt ein 30 bis 40 Meilen breiter Wüstenstrich die Küste von dem Gebirge, in dessen Thälern freilich auch nichts weiter als mäßiges Weideland und ein geringer Viehstand zu finden sind. Selbst natürliches Trinkwasser fehlt in Antofagasta und muß durch Maschinen aus dem Seewasser destillirt werden, weshalb denn auch unter den Truppen sehr zahlreiche Erkrankungen sich einstellen. Die verbündeten Peruaner und Bolivianer haben ihre Hauptmacht zwischen Iquique und Arica Aufstellung nehmen lassen, etwa 15,000 Mann, davon 12,000 Mann gute Kerntuppen. Außerdem haben die Bolivianer eine Division von 3- bis 4000 Mann unter ihrem besten Führer, dem General Campero, in der Gegend von Tupiza aufgestellt, wol mit der Absicht, die rechte Flanke der Chilenen zu bedrohen. In Nord- und Mittelperu befinden sich noch etwa 12,000 Mann Reservetruppen, davon 7000 Mann in und um Lima; im großen Ganzen dürften sich heute die Armeen der Kriegführenden wie folgt beziffern: Chilenen inclusive Reserve 18,000 Mann. Peruaner und Bolivianer zusammen 30,000 Mann.“

Zur See ist seit dem Gefechte vor Iquique am 21. Mai nichts Erhebliches vorgefallen; die ganze chilenische Flotte, zwei Panzerschiffe und vier Corvetten, ist nach ihrer nutzlosen Spazierfahrt nach Callao wieder im Süden eingetroffen und hat Iquique aufs neue blockirt; das Resultat ihrer Thätigkeit in zwei Monaten beschränkt sich auf das Bombardement unbefestigter Häfen und auf die Zerstörung der Borrich-

tungen zum Einschiffen des Guano. Inzwischen fahren die peruanischen Transportschiffe fast unter den Augen der Chilenen an der Küste auf und ab und laden und löschen Truppen, Material und Vorräthe. Das kleine Panzerschiff „Huascar“ ist sogar bis vor Antofagasta gewesen, hat die dortigen Batterien beschossen, das Kabel durchschnitten, mehrere gute Priisen gemacht und ist unverfehrt wieder in Callao eingetroffen. Nachdem die Verluste am 21. Mai jetzt genau festgestellt sind, beziffert sich die Zahl der Todten auf 114 Chilenen, die Ertrunkenen mitgerechnet, und auf 17 Peruaner, wovon 6 bei dem Schiffbruch der „Independencia“ ertranken. Die Chilenen verloren 46 Gefangene, die aufgefischt wurden, nachdem der „Huascar“ die „Esmeralda“ in Grund gebohrt hatte.

Der deutsche Dampfer „Luzor“ wird noch in Callao zurückgehalten; ob derselbe als gute Priise verurtheilt wird, ist wol noch zweifelhaft, jedenfalls hat aber der Kapitän durch die Zufuhr von Waffen nach Balparaiso nicht nur seine Rheder, sondern auch den deutschen Handel mit Peru im allgemeinen stark compromittiert. Bei Schlichtung dieser „Luzor“-Frage und möglicher anderer Vorkommnisse wäre es gewiß wünschenswerth gewesen, den Geschäftsträger des deutschen Reiches dort zu sehen, und ist es den Deutschen in Peru allgemein aufgefallen, daß gerade bei Beginn des Krieges derselbe seinen Urlaub angetreten hat!

Tagesneuigkeiten.

Der europäische Postverkehr im Jahre 1877.

Trotzdem die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa sich seit fünf Jahren in stetigem Rückschritte befinden, hat sich doch der Verkehr der Post, soweit derselbe Briefe, Korrespondenzkarten, Kreuzbandsendungen und Zeitungen umfaßt, vom Jahre 1876 zum Jahre 1877 um rund 200 Millionen Stück gehoben, und er betrug im Jahre 1877 in ganz Europa 5,040,395,019 Stück. Diese Zahl setzt sich in der Art zusammen, daß 2,769,459,610 Briefe, 320,000,251 Korrespondenzkarten, 524,972,302 Warensendungen, Druckfachen und andere Kreuzbandsendungen und 1,425,962,856 Stück Zeitungen befördert wurden. Man sieht aus diesen Zahlen, daß die Benützung der Korrespondenzkarten, welche jetzt in allen europäischen Staaten, mit Ausnahme von Portugal und der Türkei, im Gebrauche sind, doch noch immer gegenüber dem Briefverkehre verhältnismäßig klein ist; dieser letztere hat den Löwenantheil des ganzen Postverkehrs mit rund 54 Perz., auf die Korrespondenzkarten kommen nur etwas mehr als 6 Perz., auf die Kreuzbandsendungen, Warenproben u. dgl. fast 12 Perz., und auf den Zeitungsverkehr 28 Perz.

Sehen wir, wie sich der Briefverkehr auf die einzelnen Länder vertheilt, so steht der absoluten Zahl nach England obenan. In diesem Lande wurden 1,062,979,193 Briefe, 102,237,300 Kreuzbände und 317,850,600 Zeitungen, zusammen 1,483,075,093 Stück Postsendungen gegen 1,379,537,900 Stück im Jahre 1876 befördert. Der zweite Staat in der Reihenfolge ist Deutschland mit zusammen 1,250,661,247 Postsendungen gegen 1,200,545,915 Stück im Vorjahre. Von dieser Summe kommen auf das Gebiet der deutschen Reichspost 521,462,390 Briefe, 92,964,270 Korrespondenzkarten, 112,563,790 Kreuzbände, 314,557,790 Zeitungen; auf Baiern 58,511,445 Briefe, 4,637,372 Korrespondenzkarten, 5,638,796 Kreuzbandsendungen und 81,140,399 Zeitungen; auf Württemberg 24,022,044 Briefe, 2,968,074 Korrespondenzkarten, 4,234,860 Kreuzbandsendungen und 28,059,917 Zeitungen. Nach Deutschland folgt als dritter Staat Frankreich mit 435,196,600 Briefen, 32,406,000 Korrespondenzkarten, 214,913,000 Kreuzbandsendungen und Warenproben und 205,020,000 Zeitungen, zusammen 887,535,000 Postsendungen gegen 719,376,689 im Jahre 1875 (von 1876 fehlen die genauen Ziffern für Frankreich).

Der vierte Staat der Reihe nach ist Oesterreich mit 265,700,642 Briefen, 41,196,058 Korrespondenzkarten, 38,393,950 Kreuzbandsendungen und Warenproben und 95,886,698 Zeitungen, zusammen 441,177,348 Stück gegen 424,315,488 Stück im Vorjahre. Von dieser Summe fallen auf das Gebiet des Reichsrathes 202,649,510 Briefe, 31,152,400 Korrespondenzkarten, 29,206,000 Kreuzbandsendungen und 63,842,942 Zeitungen; auf das Gebiet der ungarischen Krone 63,051,132 Briefe, 10,043,658 Korrespondenzkarten, 9,187,950 Kreuzbandsendungen und 32,044,356 Zeitungen. Die fünfte Stelle nimmt Italien ein mit 150,615,533 Briefen, 14,233,159 Korrespondenzkarten, 61,713,852 Kreuzbandsendungen und 81,314,392 Zeitungen, zusammen 315,876,826 Postsendungen gegen 239,237,635 im Vorjahre. In die sechste Stelle, welche früher Belgien einnahm, ist jetzt Rußland mit 98,582,620 Briefen, 2,426,366 Korrespondenzkarten, 6,506,452 Kreuzbandsendungen und 79,618,817 Zeitungen, zusammen 187,134,255 Postsendungen, gegen 143,096,113 Stück im Vorjahre eingetreten. In siebenter Reihe steht Belgien mit 63,641,094 Briefen, 11,671,296 Korrespondenzkarten, 32,045,000 Kreuzbandsendungen gegen 173,097,916 im Vorjahre.

Die achte Stelle nimmt die Schweiz ein mit 64,269,334 Briefen, 1,105,312 Korrespondenzkarten, 19,647,541 Kreuzbandsendungen und 51,916,355 Zeitungen, zusammen 136,918,533 Postsendungen gegen 135,055,341 im Vorjahre. Mit den Niederlanden, wo 51,291,551 Briefe, 11,638,740 Postkarten, 12,297,954 Kreuzbandsendungen und 30,723,619 Zeitungen, zusammen 105,951,864 Postsendungen gegen 97,927,632 im Vorjahre befördert wurden, ist die Zahl der Staaten, in denen die Zahl der Postsendungen die Ziffer von 100 Millionen übersteigt, erschöpft.

Es folgen nun: Spanien mit 78,226,797 Postsendungen gegen 114,581,681 im Vorjahre; Schweden mit 58,599,857 Postsendungen gegen 54,383,676 im Vorjahre; Dänemark mit 49,724,055 Postsendungen gegen 46,046,303 im Vorjahre; Norwegen mit 22,543,089 Postsendungen gegen 20,623,575 im Vorjahre; Portugal mit 19,950,479 Postsendungen, Rumänien mit 5,381,885 Postsendungen, Griechenland mit 5,062,546 Postsendungen, die Türkei mit 3,764,000 Postsendungen und Luxemburg mit 3,495,721 Postsendungen gegen 1,196,159 im Vorjahre. Eine Abnahme des Postverkehrs zeigt sich in dieser Zusammenstellung nur bei Spanien, und zwar scheint dieselbe die kolossale Höhe von 32 Perz. zu erreichen. Dies ist jedoch nur scheinbar, denn es fehlen in den Tabellen die Angaben der Zeitungs- und Kreuzbandsendungen, welche im vorigen Jahre 42,835,611 Stück betrug, also mehr als die Differenz in den obigen Ziffern.

(Das neue Abgeordnetenhaus.) Einer Zusammenstellung des „Frbbl.“ zufolge befinden sich unter den 349 Abgeordneten, welche bisher definitiv gewählt sind, 130 Adelige, darunter 9 Fürsten, 34 Grafen, 27 Barone, 35 Ritter und 25 einfache Adelige. Der Beschäftigung nach sind die Gewerbe sehr spärlich vertreten; in erster Linie wird in dem neuen Hause die gewiß sehr ausgebreitete Kunst der Gastwirthschaft und noch dazu klerikalen Repräsentanten (Herrn Zeilberger) aufweisen. Diefem zunächst folgen zwei Kupferschmiede (Vöblisch und Lag) als Vertreter des Kleingewerbes. Nach der numerischen Stärke oder vielmehr Schwäche folgen jetzt 2 Handelskammer-Sekretäre, 2 Postmeister, dagegen 3 active Eisenbahn-Direktoren und 1 außer Dienst, 3 Banquiers, 4 Ingenieure, vier Aerzte und 5 Schriftsteller. Eine viel ansehnlichere Gruppe bildet der active Beamtenstand und jener außer Dienst. An der Spitze stehen 4 active Minister und 6 außer Dienst. Im ganzen wird das neue Haus 36 Beamte beiderlei Kategorien zählen. Auch die Privatbeamten haben ihre Vertretung durch zwei Stadtschreiber und zwei Wirthschaftsbeamte gefunden. Der Cultus- und Unterricht umfaßt 21 Geistliche, darunter einen evangelischen Pfarrer und einen Rabbiner, und 17 Professoren und Lehrer, unter denen sich diesmal auch ein Wanderlehrer befindet. Trotz des Wahlprogrammes: „Nur keine Advokaten!“ wird auch diesmal das Haus eines hinlänglichen juristischen Beirathes sich erfreuen. Nicht weniger als 57 Advokaten werden auf der parlamentarischen Tribüne erscheinen und von 8 Rotaren in der Bertheidigung des Legalisierungszwanges unterstützt werden. Dagegen zählen der Handel und die Großindustrie nur 34 Vertreter, wobei die Zuckersabrication noch am besten davongekommen ist. Die stärkste Gruppe hat die Landwirtschaft in das Haus entsendet. 147 Grundbesitzer, Dekonomen und Landwirthe werden dem Finanzminister bei der Grundsteuerregulierung nach ihrer Art behilflich sein. Nur von zwei Mitgliedern ist die Beschäftigung nicht bekannt, der Eine nennt sich bloß Bürger und der andere Landesauschußbesitzer.

(Oesterreichischer Juristentag.) Zum österreichischen Juristentage liegen nunmehr nahezu 800 Beitrittserklärungen vor.

(Fürchterliche Familienszene.) Aus Prag wird der „Presse“ berichtet: „Der 68jährige Häusler Wenzel Potorny trock nachts durch das Dachfenster ins Haus seiner jungen Schwiegertochter in Klentsch, mit welcher er eine Liebschaft unterhielt. Sein des Morgens angekommener Sohn, der hievon erfuhr, erschöpf seine Frau, als sie aus dem Hause trat, und hierauf sich selbst.“

(Ein Denkmal für Prinz Louis Napoleon.) Das Comité, welches sich gebildet, um dem verstorbenen Prinzen Louis Napoleon ein nationales Denkmal zu setzen, faßte in einer unter dem Vorsitz des Prinzen von Wales abgehaltenen Sitzung den einstimmigen Beschluß, ein Marmor-Standbild des Prinzen in der Westminster-Abtei zu errichten. Ein etwaiger Ueber-schuß der Sammlungen für diesen Zweck soll einem Comité überwiesen werden, welches Zeichnungen zur Gründung einer nationalen Wohlthätigkeitsanstalt, die den Namen des Prinzen verewigen soll, entgegennehmen wird. Der Prinz von Wales eröffnete die Zeichnungsliste für diesen Zweck mit einem Beitrage von 105 Pfund Sterling.

(Adeline Patti) wird diesen Winter wieder in Petersburg singen, und zwar zu einem Honorar von 25,000 Francs pro Abend. Signor Nicolini ist ebenfalls für die Saison engagiert.

(Die Hebung des „Großen Kurfürsten.“) Wie die „Times“ melden, schreiten die Vor-

bereitungen zur Hebung der großen Panzerfregatte „Großer Kurfürst“ rasch vorwärts. Der Schild zur Bedeckung des durch den Zusammenstoß entstandenen Risses in ihrer Seite ist gebrauchsbereit. Er ist 10 Fuß lang, 7 Fuß breit, ovalförmig und convex. Er besteht aus halbzolligen, stark vernieteten Stahlplatten. Hervorragende Ingenieure in London haben eine Scheere erfunden, welche mit der größten Leichtigkeit Drahtakelwerk unter dem Wasser zerschneidet. Wenn das Fahrzeug mit Hilfe der mächtigen Pontons an die Oberfläche kommt, wird ein Duzend Taucher sich damit beschäftigen, das an seinen zerbrochenen Masten und Sparren hängende verwickelte Drahtwerk, das gegenwärtig unter dem Schiffe begraben liegt, loszuschneiden. Es ist sehr zu wünschen, daß das gegenwärtige ungünstige Wetter bald einem wirklichen Sommerwetter Platz mache. Nach den kostspieligen Details umfassenden Vorbereitungen dürften alsdann wenige Wochen angestrebter Arbeit genügen, um das kolossale Panzerschiff in leichtes Wasser zu bringen.

(Entschädigung für einen erschlagenen Gott.) Die amerikanische Colonie in der chinesischen Hafen- und Handelsstadt Fu-tschau lebte schon seit Jahr und Tag in Hader und Zwist mit den Bewohnern dieser Stadt, da dieselben behaupteten, die Yankee hätten gelegentlich der Grundlegung zu ihrem Klubhause zu tief in den Boden gegraben und dadurch einen ihrer Götter getödtet, der dort seine unterirdische Wohnung hatte. Der Haß gegen die Gottesmörder ging so weit, daß kein gottesfürchtiger Bewohner Fu-tschaus denselben mehr Grund und Boden verkaufen wollte. Wie jedoch die englisch-chinesischen Blätter jetzt melden, haben die Amerikaner ihr begangenes Verbrechen damit gesühnt, daß sie für den getödteten Gott 20,000 Dollars als Entschädigung zahlten, und die frommen Bürger Fu-tschaus, die ob des Todes ihres Gottes fast untröstlich waren, fühlen sich wieder beruhigt und verkehren auch wieder mit den Amerikanern.

Lokales.

(Ernennungen.) Josef Stritar, bisher Gymnasialprofessor in Fernald und Redacteur der belletristischen slovenischen Zeitschrift „Zvon“, wurde eine Stelle am Gymnasium des VIII. Bezirkes von Wien verliehen, und Adolf Gfirner, bisher Supplent des k. k. Gymnasiums zu Laibach, wurde zum Lehrer am Gymnasium in Kruman ernannt.

(Verleihung.) Das Professorencollegium der k. k. Akademie der bildenden Künste hat in seiner Sitzung vom 18. d. M. unter anderen Preisen und Preisstipendien auch dem akademischen Schüler der Spezialschule für Historienmalerei Georg Subic aus Pölland in Krain ein Preisstipendium zuerkannt.

(Cäcilienverein.) Der hiesige Cäcilienverein hält Donnerstag den 7. August um 10 Uhr vormittags im bischöflichen Palais seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab.

(Priestere exercitien.) Ueber Anordnung des Herrn Fürstbischöfes unterbleibt heuer die Abhaltung der sonst alljährlich im Sommer in Laibach üblichen gemeinschaftlichen Priestere exercitien.

(Lycealbibliothek.) Die öffentliche k. k. Studienbibliothek in Laibach zählte mit Schluß des vorigen Jahres 30,648 Werke in 45,320 Bänden, 4641 Hefte, 1686 Blätter, 419 Manuscripte und 238 Landkarten. Die Bibliothek genießt eine jährliche Staatssubvention im Betrage von 1200 Gulden.

(Steiermärkischer Kunstverein.) Bei der vonseite des steiermärkischen Kunstvereins wie alljährlich auch heuer am 29. Juni veranstalteten Verlosung von Gemälden und anderen Kunstgegenständen, bei welcher Verlosung, wie bekannt, alle Mitglieder des Vereins und Besitzer von Antheilscheinen mitspielen, wurden auch zwei Treffer in Laibach gemacht. Es gewann nämlich den zweiten Treffer, ein Delgemälde von Schusters: „Motiv aus Mähren“, Freiherr Anton v. Cobelli, den 29sten Treffer, einen Kupferstich: „Die Currendschüler“, die Redaction des „Laibacher Tagblatt“.

(Bezirks-Lehrerkonferenz.) Für den Krainburger Schulbezirk wird die diesjährige vorgeschriebene Bezirks-Lehrerkonferenz nächsten Mittwoch den 23. d. M. abgehalten. Die Konferenz findet im Stadthause zu Krainburg statt und beginnt um halb 10 Uhr vormittags.

(Der gewerbliche Anhilfskassenverein in Rudolfswerth), dessen Rechnungsabschluss vom 31. Dezember v. J. uns erst jetzt gekommen ist, zählt 45 Genossenschaftsmitglieder und hatte bei 2335 fl. 63 kr. Kapitaleinlagen, am 31. Dezember v. J. 2097 fl. 97 kr. Wechselbestand, der Reservefond der Genossenschaft betrug 105 fl. 10 kr.

(Ausstellung in Adelsberg.) Die von der krainischen Landwirtschaftsgesellschaft heuer für Innerkrain in Aussicht genommene Rindvieh-Ausstellung und Prämierung wird, einem Beschlusse des Centralauschusses zufolge, am 6. October in Adelsberg stattfinden.

(Gemeindevwahl.) Bei der am 6. d. M. vorgenommenen Wahl des Gemeindevorstandes von Widem wurden Johann Stupnik von Zdenstavas zum Gemeindevorsteher, Franz Jakrajšček von Ponique und Franz Verdavs von Widem zu Gemeinderäthen gewählt.

(Panorama vom Großgallenberg.) Der österreichische Touristenklub gibt gegenwärtig das Panorama vom Großgallenberg heraus, dessen endgiltige Redaction und Bestimmung von Prof. Dr. Frischhaus in Graz gerade befragt wird.

(Dachfeuer.) Im Wohnhause des Besitzers Carl Simonik in Weizelburg gerieth am 13. d. M. um 5 Uhr mittags der mit Stroh gedeckte Dachstuhl in Brand und wurde nebst mehreren Hausgeräthschaften und Jalousien, die sich am Dachboden befanden, ein Raub der Flammen.

(Feuer durch Blitzschlag.) Während eines über die zur Ortsgemeinde Dflitz im Krainburger Bezirke gehörige Ortschaft Merzliberch in der Nacht vom 4. d. M. niedergegangenen heftigen Gewitters setzte ein Blitzschlag das Wohnhaus des dortigen Kaisersbesizers Heinrich König in Brand, das nebst dem Hausgeräthe eingestürzt wurde.

(Stiftplätze.) Für das Schuljahr 1879/80 kommen fünf Stiftplätze der Carl Freiherr v. Földnigg'schen Blindenstiftung im Blinden-Erziehungsinstitute zu Litz zur Besetzung.

(Jagdverpachtung.) Die Jagdbarkeit der Ortsgemeinde Litzai wird am 2. August d. J. auf die Dauer bis 15. Jänner 1885 in der Kanzlei der Bezirks-hauptmannschaft Litzai vergeben werden.

(Pontebabahn.) Wie der „Klagenfurter Zeitung“ berichtet wird, soll die Bahnstrecke Chiassaforte-Ponteba über ministerielle Weisung am 25. d. M. eröffnet werden.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Lair. Zeitung.“

Paris, 20. Juli. Die Bonapartisten erklärten in einem Appell an das Volk den Prinzen Jérôme Napoleon als den Chef der napoleonischen Familie.

Konstantinopel, 20. Juli, offiziell: Djedvet Pascha wurde bis zur Wiedergenesung des erkrankten Großveziers Khreddin mit dem Vortize im Ministerrathe betraut.

Pest, 19. Juli. (N. fr. Pr.) Den Pester Blättern ist die Erklärung des Hauses Erlanger zugesendet worden, es sei unrichtig, daß Graf Victor Zichy-Ferraris von diesem Hause 100,000 fl. erpreßt habe.

Paris, 19. Juli. (N. fr. Pr.) Die Kommission der Kammer für Eisenbahnwesen beschloß den Ankauf aller großen Linien durch den Staat zu beantragen, wobei mit der Linie Orleans zu beginnen wäre.

Paris, 19. Juli. (N. fr. Pr.) Die Kammer nahm das Gesetz an, der neue Unterrichtsrath sei mit Ausschluß der Geistlichen bloß aus Lehrkräften zu

constituieren. Cassagnac Vater behauptete, der staatliche Unterricht sei ungenügend für moderne sociale Zwecke. Ferry erkannte an, es seien Reformen nothwendig, der frühere Unterrichtsrath erdrückte die Universität; Redner verlas ein bisher noch nicht bekanntes Document, aus welchem hervorgeht, daß das Gesetz vom Jahre 1850 den Zweck hatte, die kaum noch existierende Universität der geistlichen Ueberwachung zu unterstellen und ihr die fürchterliche Concurrenz der Orden zu schaffen.

Verfaillés, 19. Juli. Der Senat nahm mit 153 gegen 116 Stimmen den Entwurf betreffs Verlegung der Kammern nach Paris mit der von der Deputiertenkammer votierten Modification an, wonach den Präsidenten das Recht zusteht, direkt Militär zu requirieren. Die Kammer votierte 35,000 Francs für die Münchener Ausstellung und nahm den Entwurf Ferry's betreffs Zusammenfügung des obersten Unterrichtsrathes mit 363 gegen 166 Stimmen an.

Brüssel, 19. Juli. Es bestätigt sich, daß Banhamme es eingestanden, Placate mit Drohungen gegen das Leben des Königs angeschlagen zu haben; zugleich beschuldigte er Personen des Jesuitencollegiums in der Arfulinerinnenstraße, ihm die Placate und Geld zugestellt zu haben.

Belgrad, 19. Juli. Fürst Milan ernannte den General Belimartovic zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem österreichisch-ungarischen Hofe.

Belgrad, 19. Juli. (N. fr. Pr.) Die europäische Grenzcommission ist gestern abends bis nach Prepoljac gekommen und hat auch die dortige Grenze zur Zufriedenheit der Serben fixiert.

Bukarest, 19. Juli. Die Kammer hielt heute eine geheime Sitzung, um die Mittheilungen Rosetti's über seine Besprechungen mit dem Fürsten entgegenzunehmen. Die Ministerkrisis dauert fort.

Konstantinopel, 17. Juli. (N. fr. Pr.) Telegramme aus Erzerum melden, daß am Montag mehrere armenische Einwohner an verschiedenen Stellen der Stadt persische Unterthanen überfielen.

Paris, 19. Juli. (N. fr. Pr.) Die Kommission der Kammer für Eisenbahnwesen beschloß den Ankauf aller großen Linien durch den Staat zu beantragen, wobei mit der Linie Orleans zu beginnen wäre.

Telegraphischer Wechselkurs

Papier-Rente 67. — Silber-Rente 68.20. — Gold-Rente 78.70. — 1860er Staats-Anlehen 126.50. — Bank-Actien 829. — Kredit-Actien 272.60. — London 115.75. — Silber —. — R. I. Münz-Dufaten 5.49. — 20-Franken-Stücke 9.20. — 100-Reichsmark 56.70.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 19. Juli. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 12 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh, 24 Wagen und 1 Schiff mit Holz (14 Kubikmeter).

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Lists various goods like Butter, Flour, and Meat with their respective prices.

Angelkommene Fremde.

Am 19. Juli. Hotel Stadt Wien. Köfler, Commis, Steyer. — Dr. Rosner, Prof., W.-Neustadt. — Wurgel, k. l. Steueramts-Controllor.

Verstorbene.

Den 18. Juli. Anton Sitnik, k. l. Hauptmannssohn, 3 J., Polanastraße Nr. 6, Diphtheritis. — Edmund Terpin, Privatierssohn und Realschüler, 16 J., Alter Markt Nr. 28, Diphtheritis.

Im Zivilspitale:

Den 19. Juli. Ursula Godina, Magd, 19 J., Lungentuberculose.

Lottoziehungen vom 19. Juli:

Wien: 26 82 57 32 11. Graz: 63 45 8 72 65.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Date, Time, Barometer, Temperature, Wind, Sky, Visibility. Shows weather data for July 19th.

Den 19. Morgennebel und heiterer Tag. Den 20. morgens heiter, nachmittags Gewitterwolken, ferner Donner, einige Regentropfen, schwül; abends Aufheiterung.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht. Wien, 18. Juli. (1 Uhr.) Das Geschäft war und blieb nach Umfang wie nach Kursbewegung völlig bedeutungslos.

Large table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and exchange rates. Includes sections for Grundentlastungs-Obligationen, Actien von Banken, Actien von Transport-Unternehmungen, and Pfandbriefe.

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 66.95 bis 67. — Silberrente 68.25 bis 68.30. Goldrente 78.60 bis 78.70. London 115.75 bis 116. — Napoleons 9.21 bis 9.21 1/2. Silber 100. — bis 100. —.